



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Februar 2020

Unsere KandidatInnen beim Wahlkampfauftakt am 23.01.



Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe:
Montag, 02.03.2020

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Wahlkampftermine	S. 2
Infostände	S. 3
Veranstaltung mit Sahra	S. 4
Veranstaltungen Mietendeckel	S. 5
Gedenkkultur??	S. 5
Antifa-Rundgang/U4 – so nicht	S. 6
Kuba-Film in der Uni	S. 7
Koch für Heideruh gesucht	S. 8
Fahrerlaubnisse und Recht	S. 9
Termine / Kontakt	S. 10
Anhang: Offener Brief Esther Bejerano	

Liebe GenossInnen,
hier kommen die mir bekannten bzw. gemeldeten Termine für die restlichen Wahlkampfwochen. Ich gehe davon aus, dass auch in Finkenwerder und St. Pauli etwas stattfindet, leider haben mich von dort keine Meldungen erreicht. Auch bei den

Veranstaltungen bin ich nicht sicher, dass ich alles mitgeteilt bekommen habe.

Dennoch: Auf in die letzten zweieinhalb Wochen, die Stimmung auf der Straße ist manchmal besser, als es die Umfragen vermuten lassen.

Bernhard

Bekannte Wahlkampftermine in + für Mitte (außer Infoständen)

Datum + Zeit	Was?	Ort
Dienstag, 4.2., 18:30 h	Ein besseres Leben im Quartier , VA mit Kunstreich, Yildiz, Celik	Kulturpalast, Öjendorfer Weg (Nähe U Billstedt)
Dienstag, 4.2., 19 Uhr	Bezahlbare Miete statt fetter Rendite Steffi Rose, Heike Sudmann, Paul Mann (Mieterverein HH)	Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestr. 20, 21107 Hamburg
Donnerstag, 6.2., 19 h	Aktionskreis Mietenkampagne	Lilienstraße1
Freitag, 7.2., 18:30 Uhr	Mietendeckel auch für Hamburg! Katrin Lompscher, Andreas Breitner, Heike Sudmann	PAULA der Heinrich-Wolgast-Schule (Ossietzkyplatz an der Langen Reihe), St. Georg
Dienstag, 11.2., 19 Uhr Einlass ab 18:30 Uhr	Politik für die Mehrheit, nicht für Millionäre Sarah Wagenknecht, Fabio di Masi u.a.	Gewerkschaftshaus, Musiksaal
Mittwoch, 12.2., 19 Uhr	Reichtum umverteilen – Schuldenbremse streichen – Investitionen für das Allgemeinwohl! Mehmet Yildiz, Norbert Weber und Franziska Hildebrandt	GLS Bank, Düsternstraße
Dienstag, 18.02., 19 Uhr	Der aufhaltsame Aufstieg der AfD Marianne Linke, Mehmet Yildiz	Kulturpalast Billstedt, Öjendorfer Weg (Nähe U Billstedt)
Mittwoch, 19.2., ab 17:30 h	Wahlkampfabschluss u.a. mit Gysi und Kipping	Fabrik, Altona
Donnerstag, 20.02., 19 Uhr	Defender 2020 und Rüstungsexporte stoppen! Mit Martin Dolzer, Holger Griebner	Curiohaus, Rothenbaumchaussee
Sonntag, 23.2., ab 17 Uhr	Wahlfete der LINKEN HH	„Haus 5“, Seewartenstraße 5, St. Pauli

Infostände DIE LINKE Billstedt 4.-22. Februar

HelferInnen melden sich bitte bei Wolfgang: wolfgang-strauss@gmx.net

Datum	Zeit	Ort
4.2.20	10:30 – 13:00	Möllner Landstraße 2 (bei der Eilenden)
7.2.20	14:00 - 16:00	Möllner Landstraße 2 (bei der Eilenden)
8.2.20	10:30-13:00	Kandinskyallee 14-18
11.2.20	10:30-13:00	Möllner Landstraße 2 (bei der Eilenden)
14.2.20	10:30- 16:00	Möllner Landstraße 2 (bei der Eilenden)
15.2.20	10:30-13:00	Kandinskyallee 14-18
18.2.20	10:30-13:00	Möllner Landstraße 2 (bei der Eilenden)
21.2.20	10:30-16:00	Möllner Landstraße 2 (bei der Eilenden)
22.2.20	10:30-13:00	Kandinskyallee 14-18

Infostände BO St. Georg

HelferInnen melden sich bitte bei Bernhard: stietz-leipnitz@t-online.de

Donnerstag, 06.02.	10 – 13 h,	Markt am Ossietzkyplatz
Freitag, 07.02.	14 – 18 h	REAL, Ostausgang
Samstag, 08.02.	11-15 h	Penny Steindamm
Donnerstag, 13.02.	14 – 18 h	Penny Steindamm
Freitag, 14.02.	14 – 18 h	Markt Ossietzkyplatz
Samstag, 15.02.	11 – 15 h	REAL, Ostausgang
Donnerstag, 20.02.	10 – 13 h	Markt Ossietzkyplatz
Freitag, 21.02.,	14 – 18 h	Penny Steindamm

Infostände Wilhelmsburg/Veddel

HelferInnen melden sich bitte bei Ronald Wilken: ronaldc@gmx.de

Freitag: Berta-Kröger-Platz:

Am 07.02. / 14.02. / 21.02. 20 von 11 Uhr bis 15 Uhr

Samstag: Julius-Ertel-Str. (Ecke Stübenplatz —neben der Marktfläche):

Am 08.02. / 22.02.20 von 10 Uhr -13 Uhr

Dienstag: Mengestr. (Vor dem Rathaus):

11.02.20 von 11 Uhr – 15 Uhr

Samstag: **Rothenburgsort** (Marktplatz):

15.02./ 22.02.20 von 9 Uhr – 13 Uhr

Infostände HaHoBo

1. Rennbahnstraße / U-Bahn Horner Rennbahn: Samstag, 8.2., Samstag, 15.2., jeweils 11-14 Uhr
2. Hammer Wochenmarkt (Bei der Vogelstange/Hammer Hof): Freitag, 7.2.; Freitag, 14.2., Freitag, 21.2., jeweils 14-18 Uhr

Politik für die Mehrheit, nicht für Millionäre



Di. , 11. Februar

Sahra Wagenknecht
kommt nach
Hamburg

19 Uhr, Gewerkschaftshaus
Besenbinderhof 60

++++ACHTUNG: Die Veranstaltung findet nicht im Curio-Haus statt! ++++

In Hamburg leben 1,8 Millionen Menschen, davon mehr als 42.000 Millionäre. Viele können jedoch von einem sorglosen Leben in Hamburg nur träumen, die Mieten explodieren, alles wird teurer, nur die Einkommen wachsen nicht entsprechend. Im Gegenteil 40% der Jobs in Hamburg sind atypisch, also befristet oder Minijobs, oft in unfreiwilliger Teilzeit. Wem gehört die Stadt? fragt DIE LINKE in ihrem Programm zur Bürgerschaftswahl mit dem Titel: „Das solidarische Hamburg von morgen erkämpfen!“ – Wie DIE LINKE in Hamburg Politik für die Mehrheit machen will – Darüber sprechen **Dr. Sahra Wagenknecht, Fabio De Masi (MdB), Olga Fritzsche** (Kandidatin Landesliste Platz 5) und **David Stoop** (Kandidat Landesliste Platz 2).

Moderation: **Zaklin Nastic** (MdB)

11. Februar 2020, Beginn 19:00 Uhr, Einlass ab 18:30 Uhr
DGB-Haus, Musiksaal, Besenbinderhof 57a, 22097 Hamburg

Nach Berlin: Mietendeckel auch für Hamburg!

Kontroverse Diskussion mit

Katrin Lompscher

Stadtentwicklungssenatorin Berlin, DIE LINKE

Andreas Breitner

Direktor des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V.

Heike Sudmann

MdHB DIE LINKE und Kandidatin zur Bürgerschaft

Freitag, 7.2.2020 | 18.30 Uhr

Pausenhalle der Heinrich-Wolgast-Schule,
Carl-von-Ossietzky-Platz (an der Langen Reihe in St. Georg)

Berlin bekommt einen Mietendeckel

Und damit passiert das, was sich nach einer aktuellen Umfrage auch 69 % der Hamburger*innen wünschen: Mehr staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt – wie zum Beispiel ein Mietendeckel. Kein Wunder, denn in Hamburg sind innerhalb von acht Jahren die Mieten um 21 % gestiegen.

Wie funktioniert der zunächst auf fünf Jahre angelegte Mietendeckel in Berlin? Was bringt er den Mieter*innen? Was sagen die Vermieter*innen dazu? Was sagen Sie dazu? Diskutieren Sie mit!

Bezahlbare Miete statt fatter Rendite

Diskussion zu den Plänen für das Wilhelmsburger Bahnhofs- und Korallusviertel

Dienstag, 04. Februar 2020, 19:00 Uhr

Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestr. 20, 21107 Hamburg

Es diskutieren:

Dr. Stephanie Rose

Bürgerschaftskandidatin DIE LINKE Wilhelmsburg

Heike Sudmann

MdHB und Wohnungspolitische Sprecherin DIE LINKE

Paul Mann

Mieterverein Hamburg

Ein dringender Appell

Aus Anlass des 75. Jahrestages der Befreiung der KZ Auschwitz durch die Rote Armee hat Esther Bejerano im Namen des Auschwitz-Komitees einen offenen Brief verfasst. Darin fordert sie u.a. die Wiedergewährung der Gemeinnützigkeit für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA) sowie die Einführung eines Feiertags am 8. Mai. Ich hänge den Brief als PDF an diese Mitteilungs-Ausgabe.

Es ist aus meiner Sicht geradezu grotesk, wenn die Damen und Herren Politiker in diesem Lande rund um den 27. Januar große Reden schwingen,

von Trauer und Gedenkkultur schwafeln und es gleichzeitig zulassen, dass irgendwelche Finanzbedienstete auf Grund dubioser „Erkenntnisse“ des bayrische Verfassungsschutzes meinen, der VVN/BdA die Gemeinnützigkeit entziehen zu müssen.

Ich habe daraus die Konsequenz gezogen, dass ich seit Januar Mitglied der VVN/BdA geworden bin. Mögen recht viele GenossInnen das Gleiche tun.

Bernhard

Antifaschistischer Stadtrundgang

mit **Martin Dolzer**, Kandidat der LINKEN zur Hamburgischen Bürgerschaft und **Andreas Grünwald**, Stadtführer, aktiv im Bezirksverband DIE LINKE Hamburg Mitte

Am Samstag, den 22.02.20, Start: 14 Uhr, Jakobikirchhof 22, 20095 Hamburg, Nahe U-Bahn Mönckebergstraße

Der antifaschistische Rundgang durch die Hamburger Innenstadt führt an Orte, an denen die Nazis Verbrechen begangen haben, wie das Gestapo-Gefängnis im Stadthaus am Neuen Wall. Er führt auch an Orte des antifaschistischen Widerstands, wie das Gängeviertel. Der Rundgang führt in die Geschichte, um für heute zu lernen.

Anfang 1933, die Nazis sind gerade an die Regierung gekommen: Wie kam es dazu? Wie vollzog sich die sogenannte Machtübernahme in Hamburg? Mit welchen Verbrechen festigten die Nazis ihre Macht gegen die starken Arbeiterparteien (SPD und KPD) und Gewerkschaften?

Die Aggressivität des Antikommunismus der Nazis setzte der sozialdemokratischen bis kommunistischen Bewegung sehr zu. Allein in Hamburg sind in den ersten Monaten der Nazi-Herrschaft fast 1.200 Menschen in Haft genommen worden. Wie wurde der antifaschistische Widerstand den-

noch organisiert? Welche Zuversicht, Kraft und Kreativität flossen in die antifaschistischen Aktivitäten?

Aus dem Gang in die Geschichte können wir Humanismus und Mut für heute schöpfen: Die Menschheit hat sich in gemeinsamer Aktivität vom Faschismus befreit und den zweiten Weltkrieg beendet. Doch die Befreiung ist bis heute nicht vollendet. Insbesondere, wenn die extrem rechte Partei AfD wieder in Parlament, Politik und Presse hetzt, wenn für Kriege getrommelt und weiter aufgerüstet und die tiefe Krise des neoliberalen Kapitalismus mit autoritärer Kürzungspolitik begegnet wird, ist die Befreiung weiterhin die humanistische Aufgabe der Zeit.

Wir laden alle Genoss*innen, Mitstreiter*innen, Antifaschist*innen und weitere Interessierte, zu dem antifaschistischen Stadtrundgang ein. Die Teilnahme ist kostenlos.

U4 So nicht

In Horn gärt es bezüglich des geplanten Baus der U4 Verlängerung mit zwei Stationen in die Horner Geest. Heike Sudmann konnte auf einer der letzten Veranstaltungen zu diesem Thema ordentlich Punkten.

Aus diesem Grunde habe ich mich in Absprache mit Heike dazu entschlossen, die Plakate, die ich zusammen mit Harald Singler und Christian Götsch in Horn aufgestellt habe, mit einem A5-Einkleber zu versehen (Foto). Es gab schon eine positive Rückmeldung von der Bürgerinitiative in Horn.

Es sollten deshalb noch weitere Stellschilder mit DIN A3- Einkleber mit dem Motto "U4 So nicht" aufgestellt werden um einerseits mehr Präsenz zu erzeugen und das Thema besser rüber zu bringen. Wer hilft dabei?

Dank auch an Theresa Jakob für das Ausdrucken der Einkleber.

Anmerkung: Es ist traurig wie wenig Easyplates uns in Billstedt und Horn zur Verfügung standen.

Wolfgang Strauß



Kino gegen Austerität zeigt:

Kuba – eine afrikanische Odyssee

am Mittwoch, den 5. Februar 2020, um 20 Uhr im Anna-Siemsen-Hörsaal (Von-Melle-Park 8), mit einem Input von Wolfgang Mix (AG Cuba Si)

Bei der nächsten Filmvorstellung im Rahmen der Kampagne „International solidarisch - Schluss mit Austerität“ schauen und diskutieren wir zusammen: „Kuba – eine afrikanische Odyssee“, ein Film von Jihan El-Tahri aus dem Jahr 2007.

Näheres zum Film:

Die Kämpfe der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen Mitte des vergangenen Jahrhunderts sind eine wesentliche Vorbedingung für den weltweiten sozialen, politischen und kulturellen Umbruch von 1968ff. gewesen. Ihre Geschichte ist die des Kampfes von David gegen Goliath. Sie erfährt eine ihrer ersten positiven Wendungen mit der Unabhängigkeit des Kongo 1960. Patrice Lumumba, der erste Ministerpräsident des vom brutalen belgischen Kolonialregime befreiten Landes, begnügt sich jedoch nicht mit einer formalen Souveränität. Zur Beendigung des Elends von jahrhundertelanger Ausplünderung, Unterdrückung und Entwürdigung gehört auch, dass die Kongolesen über die Mittel verfügen sollen, die ihnen ermöglichen, ihre Geschicke künftig selbst zu lenken. Die Nationalisierung der immensen Reichtümer an Rohstoffen und Bodenschätzen (Uran, Diamanten, Kupfer, Kobalt,...) rufen mit den USA jedoch den neuen imperialen Hegemon auf den Plan. Unter anderem weil die Kobalt-Gewinnung aus dem Kongo hoch relevant für die kriegslüsterne Rüstungsindustrie der NATO-Staaten gegen die Sowjetunion ist, wird Patrice Lumumba nach wenigen Monaten Amtszeit durch ein Komplott mit Hilfe der CIA kaltblütig ermordet.

Eine Welt der friedlichen, solidarischen Entfaltung aller und die Befreiung der in Ausbeutung gehaltenen überwiegenden Mehrheit der Menschheit kann – so wird auf grausame Weise deutlich – nicht ohne international vereinigte Bewegung gelingen.

Kein Land begreift diesen Zusammenhang schneller und gründlicher als Kuba. Der humanistische Internationalismus bildet das Wesen der revolutionären kubanischen Bevölkerung, die sich selbst gerade erst von über 400 Jahren spanischem und später US-kolonialem Joch befreien konnte und umgehend mit Wirtschaftsblockaden, Attentatsversuchen und militärischen Provokationen seitens der USA konfrontiert sah. Ein Jahr nach Gelingen der Revolution und noch mitten im erforderlichen grundlegenden Neu-Aufbau der eigenen Gesellschaft beschließt Kuba, ein medizinisches Unterstützungsprogramm für Länder der sog. Dritten Welt aufzubauen und entsendet logistische Hilfe, Militärberater und Kämpfer unter persönlicher Anleitung Che Guevaras in den Kongo, um die Befreiungsbewegung zu unterstützen. Die Mission im Kongo scheitert, aber die solidarische Hilfe wird zum Programm. Über Jahrzehnte beteiligen sich kubanische ÄrztInnen, IngenieurInnen, Lehrerinnen und Militärs

am Befreiungskampf afrikanischer Länder – von Guinea-Bissau über Äthiopien bis nach Angola. Mit ihrer massiven Hilfe gegen die kolonialen und neokolonialen Interventionsversuche tragen sie wesentlich zum Zusammenbruch der portugiesischen – als letzter formal verbliebener – Kolonialherrschaft und zur Nelkenrevolution 1974 sowie zur Unabhängigkeit Angolas 1975 bei. Ihre Unterstützung ist ebenso maßgeblich für die späte Unabhängigkeit Namibias 1991 und den Sieg über das Apartheid-Regime in Südafrika.

Der 2007 von der ägyptischen Dokumentar-Regisseurin El-Tahri gedrehte Film beleuchtet dieses Engagement anhand von aufschlussreichen Interviews der – auf unterschiedlichsten Seiten – Beteiligten. Er zeigt, wenngleich er sich selbst etwas im Militärischen verstrickt, dass es letztlich keine unbezwingbaren Gegenkräfte im Wirken für die Emanzipation der Menschheit geben muss. Jeder Schritt in der Verwirklichung kollektiver Menschenwürde ist ein enormer Gewinn für die Welt.

Die Würde der afrikanischen wie der globalen Bevölkerung ist heute nach wie vor und umso dringender zu realisieren. Das ist im Wesentlichen eine politische, ökonomische, soziale und kulturelle Angelegenheit aller. Auch deshalb gilt: International solidarisch – Schluss mit Austerität.

„Der Imperialismus, ein Vampir

*>Das Vieh ist tot und bleibt und hört, allein
Weil es noch Blut säuft, nicht auf, tot zu sein.<“*
Peter Hacks, „Couplets“, aus: „Jetztzeit“, 1998.

Näheres zur Kampagne könnt ihr online auf der Kampagnen-Seite (www.schluss-mit-austeritaet.de) erfahren, den Flyer für die Anti-Austerität-Filmseminar-Reihe und weitere Termine gibt es unter www.schluss-mit-austeritaet.de/film-seminar-gegen-austeritaet.

Wir zeigen im Rhythmus von zwei Wochen einen Film; die Mittwoche an denen kein Film gezeigt wird, werden für die Anti-Austerität-Aktiventreffen genutzt, bei denen wir uns zur Weiterentwicklung der Kampagne, der Gewinnung neuer BündnispartnerInnen und der Planung von weiteren Aktivitäten austauschen: ab 19 Uhr im Syntagma, der Raum befindet sich neben dem HASPA Café auf dem Campus der Universität Hamburg im WiWi-Bunker (ehemals Raum von Cobra Copy).

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Mail: kontakt@schluss-mit-austeritaet.de

Facebook: www.facebook.com/ISSMA2018/

Mit solidarischen Grüßen,

Franziska und Thomas

WIR SUCHEN DICH



Stellenausschreibung

Koch/Köchin/Küchenleitung

Heideruh sucht ab sofort eine/n Koch/Köchin/Küchenleitung für Vollpensionsverpflegung (kein À-la-carte-Geschäft) von tägl. 10 Personen und an Wochenenden bis zu 80 Gästen. Hinzu kommen Aufgaben wie Menue-, Einkaufs- und Einsatzplanung und die Hygiene hinzu. Wir stellen gerne auf Teilzeit (maximal 30 Std.) und als Saisonkraft lt. Tarif ein oder verrechnen auf Honorarbasis. Die Arbeitszeit erfolgt im Rahmen von En-Bloc-Einsätzen mit Schwerpunkt auf Wochenendarbeit. Für Pendler/Pendlerinnen ist es möglich, während der Blockeinsätze in Heideruh zu übernachten.

Voraussetzungen: Wir wünschen uns eine/n teamfähige/n, selbständige/n, verantwortungsbewusste/n Mitarbeitende/n auch mit Erfahrungen im Bereich gutbürgerlicher, vegetarischer, veganer und Allergikerkost.

Auch Jungköche/köchinnen haben bei uns eine gute Möglichkeit selbstständig zu arbeiten.

Bitte per E-Mail bewerben: info@heideruh.de

Sittenwidrige Arbeitsverhältnisse bei Berufskraftfahrern

(LKW/Bus/Taxi/Mietwagen)

Es gibt da so einige Arbeitsverhältnisse, da müssen doch die ArbeitnehmerInnen tatsächlich noch Geld mitbringen zum/zur ArbeitgeberIn. EinE ArbeitnehmerIn und FahrerIn hat nach § 611, 611a BGB einen Arbeitsvertrag mit seinem/ihrer ArbeitgeberIn als BerufskraftfahrerIn geschlossen. Für dieses Arbeitsverhältnis jedoch benötigt der/die ArbeitnehmerIn logischerweise auch einen Führerschein der jeweiligen Klasse, um im öffentlichen Verkehr Fahrzeuge bewegen zu dürfen.

Bei den LKW/BUS/TAXI/MietwagenfahrerInnen müssen jedoch die Führerscheine auf Antrag alle 5 Jahre verlängert werden. Der Führerschein ist zwar als Recht gleichzeitig auch das Eigentum des Berufskraftfahrers aus Art.14 GG, jedoch sehe ich es als gegen die guten Sitten und das Moralgefühl auf dem Arbeitsmarkt, wenn BerufskraftfahrerInnen diese Kosten in Höhe von ca. 200,-€ auf Weisung des/der Arbeitgebers/in auch noch selber tragen und diesen zeitlichen Aufwand auch noch in ihrer Freizeit erledigen müssen.

Das zeigt einmal wieder, wie irre der Kapitalismus ist. Ich sehe das als sittenwidrig an aus § 138 BGB und ein Ding der Unmöglichkeit. Mir ist auch

zudem noch nichts Derartiges bekannt geworden, dass etwa einE HandwerkerIn seine/ihre Werkzeuge und Arbeitsmaterialien selbst von seinem/ihrer eigenem Lohn bezahlen müsste. Das ist versteckte soziale Ungerechtigkeit, die dringend beseitigt werden muss.

Inzwischen werden allerdings durch die ArbeitgeberInnen die Berufskraftfahrerqualifikationen in Form der Module für den Erwerb der Schlüsselnummer 95 zur Eintragung in die Führerscheine alle 5 Jahre bei anstehenden Verlängerungen übernommen.

Sollten diese Zustände nicht aufhören, so wäre es dringend geboten, über den Gesetzgeber die Kosten für gewerbliche und betriebliche benötigte Führerscheine bei BerufskraftfahrerInnen durch eine neu zu schaffende gesetzliche Grundlage zu regeln. Es könnte beispielsweise ein Führerschein- und Fahrerlaubniskostengesetz erarbeitet werden mit Verweisungsnormen ins Zivilrecht und ins öffentliche Recht. Denn scheinbar geht es ohne Gesetze leider oftmals nicht, wenn die ArbeitgeberInnen sich hierzu nicht freiwillig bereit erklären.

Roberto Perez Hagen

EU-Recht und das Grundgesetz Art.20 GG

§§ 24a,23 I S.2 Fahrerlaubnisverordnung FeV

Die EU steht nicht über den Grundrechten des Grundgesetzes von Art.1 bis Art.20 GG. Das EU-Recht bedeutet für die Bundesrepublik Deutschland die Umsetzung in nationales Recht. Wie aber letztendlich national die Umsetzung geschieht ist einzig und allein nationale Angelegenheit der EU-Staaten- Insbesondere bei den Umsetzungen seit 1999 bzgl. der EU-Führerscheinrichtlinien ist der Vertrauensschutz von Art.20 GG verletzt, wenn es sich um ältere bereits vor 1999 erteilte Fahrerlaubnisse und Führerscheindokumente handelt, die voll umfänglich gültig sind. Insbesondere verletzt § 23 I S.2 FeV bei älteren Fahrerlaubnissen, die nach § 15 StVZO erteilt wurden, den Vertrauensschutz aus Art.20 GG. Wie in meinem Fall mit dem LKW-Führerschein der alten Klasse 2, den ich am 15.07.1992 rechtmäßig erwarb. Ab dem 29.10.2020 wird mir dieser entzogen und nur noch auf 5 Jahre erteilt gegen Zahlungen von Schutzgeldern in Form von Gebühren bei der Führerscheinstelle und beim Betriebsarzt für Verkehr. Auch muss ich nun aufgrund des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz BKrFQG alle 5 Jahre ein Schutzgeld von bis zu 500,-€ zahlen, um einen Kursus zu belegen, um

die Schlüsselnummer 95 eingetragen zu bekommen. Ich hatte mich bereits schon in der Vergangenheit in Form von Petitionen nach Art.17 GG leider erfolglos an den Petitionsausschuss gewandt. 2019 habe ich meinen Fall noch einmal dem Bundestagsausschuss für Verkehr vorgelegt. Das Ergebnis ist offen. Es kann und darf einfach nicht sein, dass das EU-Recht unsere Grundrechtsartikel 1 GG bis 20 GG verletzt. Eine echte Rückwirkung wie in meinem Fall ist unverhältnismäßig und verfassungswidrig. Die Schlüsselnummer 95 in Führerscheinen schränkt die in Art.12 I S.2 GG verankerte Berufsfreiheit ein. Ein LKW/BUS-Schein ist heutzutage natürlich nichts mehr wert ohne die Schlüsselnummer 95.

Es ist hier dringend ein Gesetzesänderungs- und Nachbesserungsvorschlag der Fahrerlaubnisverordnung bei den §§ 24a 23 I S.2 FeV notwendig und der alte § 15 StVZO ist in die FeV als Änderung aufzunehmen, um alle alten Besitzstände von vor 1999 zu schützen und alle alten Besitzstände gemäß Art.20 GG gleichzeitig zu bewahren.

Roberto Perez Hagen

Termine in (und für) Mitte

Montag, 03.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Montag, 10.02., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9
neu: 2. Montag!

Donnerstag, 13.02., 18:30 Uhr

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**
Sitzungssaal, Caffamacherreihe 1-3, 11.OG

Donnerstag, 13.02., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Montag, 17.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 19.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 19.02., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 19.02., ab 17:30 Uhr

Wahlkampfabschluss mit Gregor Gysi und Katja Kipping,
Fabrik, Barner Straße, Altona

Freitag, 21.02. 14 Uhr

Klimademo zur Bürgerschaftswahl
Heiligengeistfeld

Sonntag, 23.02., ab 17 Uhr

Wahlfete der LINKEN
„Haus 5“, Seewartenstraße 5, St. Pauli

März 2020

Montag, 02.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Montag, 09.03., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 12.03., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Montag, 16.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 18.03. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 18.03., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils von 13 bis 15 Uhr:

Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Monika Berstecher		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Jörg Günther (Schatzmeister)		
Maurizio Kosinski		
Suna Sahin		
Wolfgang Strauß		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX

26. Januar 2020

Offener Brief an die Regierenden und alle Menschen, die aus der Geschichte lernen wollen

Falls man dem Menschen die Möglichkeit geben will, aus der Geschichte zu lernen, wäre die erste Voraussetzung, dass er sich dieser Geschichte erinnert. Aber leider vergisst er so leicht, und oft vergisst er gerade die entscheidenden Lektionen. (Lukas Bärfuss, Büchner-Preis-Rede 2019)

Esther Bejarano, Überlebende der KZ Auschwitz und Ravensbrück zum 27. Januar 2020: Dass Auschwitz nie wieder sei – und dieses Land sich ändern muss

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin
und alle, die wollen, dass Auschwitz nie wieder sei!

Wo stehen wir – dieses Land, diese Gesellschaft – 75 Jahre nach der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee?

Plötzlich gab es keine Nazis mehr, damals, 1945 – alle waren verschwunden. Uns aber hat Auschwitz nicht verlassen. Die Gesichter der Todgeweihten, die in die Gaskammern getrieben wurden, die Gerüche blieben, die Bilder, immer den Tod vor Augen, die Alpträume in den Nächten.

Wir haben das große Schweigen nach 1945 erlebt – und wie das Unrecht – das mörderische NS-Unrecht – so akzeptiert wurde. Dann erlebten wir, wie Nazi-Verbrecher davonkommen konnten – als Richter, Lehrer, Beamte im Staatsapparat und in der Regierung Adenauer. Wir lernten schnell: die Nazis waren gar nicht weg.

Die Menschen trauerten um Verlorenes: um geliebte Menschen, um geliebte Orte. Wer aber dachte über die Ursachen dieser Verluste nach, fragte, warum Häuser, Städte, ganze Landstriche verwüstet und zerstört waren, überall in Europa? Wen machten sie verantwortlich für Hunger, Not und Tod?

Dann brach die Eiszeit herein, der Kalte Krieg, der Antikommunismus. Es war ein langer Weg vom kollektiven Beschweigen bis zum Eichmann-Prozess in Jerusalem über die Auschwitz-Prozesse in Frankfurt am Main zu den Studentenprotesten in den 1960ern hin zur Fernsehserie "Holocaust" ab 1979. Nur zögerlich entwickelte sich das Bewusstsein, die Wahrnehmung des NS-Unrechts. Aber auch die Rechten, die Alt- und Neonazis und Auschwitzleugner formierten sich.

Inzwischen wird vom Erinnern und Gedenken als einer Gedenkkultur gesprochen. Wir spüren, wie tief viele Menschen bewegt sind, manche haben sich das "Nie wieder" zur Lebensaufgabe gemacht. Sonntagsreden, die Betroffenheit zeigen, reichen aber nicht. Diese Betroffenheit muss zum Handeln führen, es muss gefragt werden, wie es so weit hat kommen können. Es muss gestritten werden für eine andere, bessere Gesellschaft ohne Diskriminierung, Verfolgung, Antisemitismus, Antiziganismus, ohne Ausländerhass! Nicht nur an Gedenktagen!

Sie, Frau Bundeskanzlerin Merkel haben am 6. Dezember 2019 in der Gedenkstätte KZ Auschwitz-Birkenau gesagt: *"Umso klarer und deutlicher müssen wir bekunden: Wir dulden keinen Antisemitismus. [...] Alle Menschen müssen sich bei uns in Deutschland, in Europa, sicher und zu Hause fühlen. [...] Einen Schlussstrich kann es nicht geben – und auch keine Relativierung."* Diese

Aufgabe ist noch nicht erledigt! Und ich füge hinzu: Das sind wir den Millionen Opfern der faschistischen Verbrechen schuldig!

Es ist für uns Überlebende unerträglich, wenn heute wieder Naziworten gebrüllt werden, wenn Menschen durch die Straßen gejagt und bedroht werden, wenn Todeslisten kursieren. Wir wollen uns nicht gewöhnen an Meldungen über antisemitische, rassistische und menschenfeindliche Attacken in Berlin und anderswo, in Halle, wo nur stabile Türen die jüdische Gemeinde schützten, aber zwei Menschen ermordet wurden.

Was können wir tun?

Ich will, dass wir alle aufstehen, wenn Jüdinnen und Juden, wenn Roma oder Sinti, wenn Geflüchtete, wenn Menschen rassistisch beleidigt oder angegriffen werden!

Ich will, dass ein lautes "Nein" gesagt wird zu Kriegen, zum Waffenhandel. Wer den letzten Krieg vergisst, der bereitet schon den nächsten vor.

Ich will, dass wir gegen die Ausbeutung der Menschen und unseres Planeten kämpfen, Hilfesuchende solidarisch unterstützen und Geflüchtete aus Seenot retten. Eine Gesellschaft muss sich messen lassen an ihrem Umgang mit den Schwächsten.

Ich fordere entschlossenes Handeln gegen das Treiben der Neonazis, denn trotz Grundgesetz und alledem konnten Abgeordnete einer neurechten Partei vom NS als "Vogelschiss in deutscher Geschichte" und vom Holocaust-Gedenkort in Berlin als "Denkmal der Schande" sprechen, konnte der NSU ein Jahrzehnt lang ungestört morden und die Neonazi-Gruppe "Combat 18" frei agieren.

Ich fordere, dass die Diffamierung von Menschen und Organisationen aufhört, die entschlossen gegen rechts handeln. Was ist gemeinnütziger als Antifaschismus? Es ist auch unerträglich, wenn ein paar Antifa-Aufkleber in Schulen Anlass für Denunziationen über Petzportale von neurechten Parteien sind. Niemand sollte für antifaschistisches Handeln, für gemeinsame Aktionen gegen den Hass, gegen alte und neue Nazis diskreditiert und verfolgt werden!

Ich fordere: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. Wie viele andere aus den Konzentrationslagern wurde auch ich auf den Todesmarsch getrieben. Erst Anfang Mai wurden wir von amerikanischen und russischen Soldaten befreit. Am 8. Mai wäre dann Gelegenheit, über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit.

Und dann können wir, dann kann ein Bundespräsident vielleicht irgendwann sagen: Wir haben aus der Geschichte gelernt. Die Deutschen haben die entscheidende Lektion gelernt.

Mit freundlichen Grüßen

Esther Bejarano

(Vorsitzende)

Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

N.B.: Kopien dieses Briefes senden wir an (fast alle) Fraktionen im Bundestag, an die Presse und an Freundeskreise.